Bezugspreis: Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 75 G.-Pf. m. Postbestellgeld. Preise freibleib., Nachforderung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfg., Rekl.-Zeile 50 Goldpfg. m. Ins.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte und Auskunftserteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 272. | Neuenbürg, Dienstag, den 18. November 1924. | 82. Jahrgang.

Deutschland.

München, 17. Nov. Der Plan General Ludendorffs, sich aus München zurückzuziehen, soll in der nächsten Zeit verwirklicht werden. Der letzte Anstoß dürfte gegeben sein durch den Konflikt mit dem Kronprinzen Rupprecht und den dadurch veranlaßten Boykott Ludendorffs durch die bayerischen Offiziersverbände. Ludendorff fühlt sich auf Münchener Boden nicht mehr recht wohl, da es kein Geheimnis ist, daß der von den Sympathien, die ihm anfänglich in reichem Maße von der Münchener Bevölkerung entgegengebracht wurden, durch seine politischen Seitensprünge beträchtlich eingebüßt hat.

Dresden, 17. Nov. Der Konflikt in der sächsischen Sozialdemokratie hat eine weitere Verschärfung erfahren. Der Bezirkstag der Ostsächsischen Sozialdemokraten, der gestern hier zusammengetreten ist, nahm eine Entschließung an, die sich in schärfster Form gegen die Haltung der 23 ostsächsischen Abgeordneten ausspricht. Der Parteitag fordert den Bezirksvorstand der S.P.D. auf, die Landtagsabgeordneten des Bezirks Ostsachsen, die gegen die Landtagsauflösung gestimmt haben, ihrem Abgeordnetenmandat zu entheben. Kämen sie der Abberufung nicht freiwillig nach, so soll der Ausschluß aus der Partei durchgeführt werden. Es hat noch nicht den Anschein, daß die Vermittlungsversuche der Berliner Zentralstelle auf die sächsischen Radikalen eine Wirkung ausgeübt haben.

Berlin, 17. Nov. In der Nacht zum Donnerstag wurde von unbekannten Tätern vom Denkmal Kaiser Wilhelm I in der Siegesallee in Berlin ein Stück von der am linken Bankaufbau angebrachten Krone abgeschlagen und am Denkmal Otto II. ein Stück vom Kranz. Das ist seit dem letzten Sonntag bereits der dritte Fall, daß sich unbekannte Verbrecher an den Denkmälern in der Siegesallee vergangen haben. — 2400 deutsche Angestellte, die während des passiven Widerstands in den Dienst der Franzosen getreten waren, gehen nach Frankreich, wo sie zum Teil in Fabriken untergebracht werden. Ein kleiner Teil geht in die Kolonien.

Berlin, 16. Nov. Die Zeitung „Polska Zbrojna" brachte kürzlich die Nachricht, daß unlängst eine geheime Konferenz sämtlicher Admirale und anderer Offiziere der kaiserlichen Marine stattgefunden habe, um über den schnellen Wiederaufbau der deutschen Kriegsflotte zu beraten, ferner daß, um diesen Zweck zu verheimlichen, eine Handelsschiffahrtsgesellschaft mit finanzieller Unterstützung der Reichsregierung gebildet worden sei. — Die Nachricht ist von Anfang bis zu Ende erfunden. Es fand nirgends weder eine Versammlung von inaktiven oder aktiven Seeoffizieren statt, noch wurde von ihnen eine Handelsgesellschaft gegründet. Ebenso unsinnig ist eine weitere Behauptung der „Polska Zbrojna", daß zwei Kreuzer im Bau seien, die äußerlich das Ansehen von Handelsschiffen hätten. Im Bau ist zurzeit nur ein Kreuzer normalen Typs, wie er von den gesetzgebenden Körperschaften genehmigt wurde und wie er den Bedingungen des Versailler Vertrags entspricht.

Bremen, 17. Nov. Ein englischer und ein französischer Hauptmann der interalliierten Militärkontrollkommission statteten am Mittwoch dem technischen Betrieb des Norddeutschen Lloyds einen Besuch ab. Deutscher Verbindungsoffizier war Oberstleutnant Büttner. Wie die „Nord-Westdeutsche Zeitung" erfährt, wurde nichts gefunden, was zu irgendwelchen Beanstandungen hätte Anlaß geben können.

Eine schwere Belastung der Dawesgesetze.

München, 16. Nov. In einer Festsitzung im Rahmen des Bundestages des Bayerischen Beamtenbundes, woran auch Ministerpräsident Held und der Minister des Innern Stützel teilnahmen, sprach heute Vormittag Reichswirtschaftsminister Hamm über wirtschaftspolitische Tagesfragen. Er erklärte u. a.: Wir empfinden die Dawesgesetze als eine schwere Belastung des deutschen Volkes. Wir werden tun, was irgend getan werden kann, um diese Leistungen aufzubringen. Das liegt allerdings nicht allein an uns, sondern auch an den Vertragsgegnern. Man erkannte, daß das Barometer für die Leistungsfähigkeit die Währung ist. Darum ist die Voraussetzung, daß die Reparationsleistungen die deutsche Währung schonen müssen. In diesem Zusammenhang kam der Minister eingehend auf die Handelsvertragsverhandlungen zu sprechen. Man werde Deutschland den ungehemmten Eintritt in die Weltwirtschaft wieder freigeben müssen. Auch bei der Regelung des Einfuhrwesens sei daher zu beachten, daß wir wieder zu einer vernünftigen Eingliederung in die Weltwirtschaft kämen. Bezüglich der Aufwertungsfrage hob der Minister den Willen der Reichsregierung hervor, hier bis zu den Grenzen zu gehen, die die Lage der deutschen Wirtschaft vorschreibe. Darüber werde der neue Reichstag zu sprechen haben. Schließlich betonte der Minister, das deutsche Beamtentum möge seine Staatsberufsauffassung in das Volk hineintragen, aber auch aus der Wirtschaft den Geist der Selbstverantwortung übernehmen.

Das Märchen von Deutschlands Rüstungen.

Berlin, 16 Nov. Die Verbreitung von erfundenen Meldungen über angebliche heimliche Rüstungen in Deutschland, die im Laufe der Generalinspektion festgestellt worden sein sollen, hat nunmehr von der französischen Presse auch auf die „Times" übergegriffen. Dieses Blatt hat in den letzten Tagen eine Reihe von Artikeln eines Berliner Sonderberichterstatters veröffentlicht, in denen ebenfalls Deutschlands Verstöße gegen die Abrüstungsbestimmungen des Vertrages von Versailles vorgeworfen werden. Obgleich angenommen werden kann, daß auch ein Dementi dieser neuen falschen Nachrichten die systematisch getriebene Hetze nicht zum Stillstand bringen wird, sei gegenüber den einzelnen falschen Behauptungen der „Times" folgendes festgestellt:

1. In Dresden sind keine großen Waffen- und Munitionsfunde gemacht worden. Festgestellt wurden tatsächlich nur 30 völlig unbrauchbare Armeesättel, 10 verrostete Karabiner und 15 Maschinengewehrläufe. Bei Krupp ist nicht die Fabrikation von Gewehrläufen festgestellt worden. Die Behauptung, daß gerade bei Krupp unter den Augen der Besatzungsbehörden 20 000 Gewehrläufe heimlich hergestellt werden könnten, richtet sich selbst. 2. Die zugelassene und von den Kontrolloffizieren mehrfach besichtigte Festungsartillerie in Königsberg steht nach wie vor unbeweglich auf betonierten Bettungen. 3. Die Kontrollkommission hat sich in den letzten Monaten durch annähernd 600 Besuche davon überzeugt, daß sich in den Kammern der Reichswehr auch nicht ein Stück Ausrüstung mehr befindet, als durch den Vertrag von Versailles genehmigt ist. 4. Es gibt in Deutschland kein Institut, das sich mit der Herstellung von Kampfgasen beschäftigt. Das Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin sowie das ihm angeschlossene Institut für Physikalische Chemie und Elektro-Chemie beschäftigt sich lediglich mit humanitären wissenschaftlichen Forschungen. Die im Kriege für die Herstellung von Kampfgasen errichteten Anlagen sind zerstört. Diese Tatsache ist der Kontrollkommission, unter deren ständiger Kontrolle diese beiden Institute stehen, sehr gut bekannt. Die Behauptungen über Differenzen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichswehrministerium entbehren jeder Grundlage.

Aufruf der Reichsregierung für die Hochwassergebiete.

Reichspräsident und Reichsregierung erlassen folgenden Aufruf: Hochwasser im Westen und Süden Deutschlands! Blühende Ortschaften, gepflegte Aecker sind überflutet worden. Wohnungen wurden zerstört, Hab und Gut fortgeschwemmt, Arbeitsgerät unbrauchbar gemacht. Tausende verloren in wenigen Stunden ihr Heim und die Früchte jahrelanger Arbeit. Die Schäden zu heilen ist doppelt schwer bei der wirtschaftlichen Not der Gegenwart, dreifach schwer in den heimgesuchten besetzten Landesteilen. Der Staat hilft nach Kräften, aber seine Mittel genügen nicht. Alle Volksgenossen rufen wir deshalb auf: Helft! Gebt schnell! Gebt reichlich!

Der Reichspräsident. Die Reichsregierung.

Mit der Durchführung der Sammlung ist die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Nothilfe, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 62, beauftragt worden. Spenden werden auf das Konto Deutsche Nothilfe „Hochwasserschäden" bei der Zentrale der Deutschen Bank, Berlin oder auf das Postscheckkonto Berlin 55 770 erbeten.

Ausland.

Chicago, 17. Nov. General Dawes unterzog sich in Chicago einer Bruchoperation. Die Aerzte bezeichnen den Zustand als gut, er ist jedoch gezwungen, zwei Wochen im Krankenhaus zu verbleiben.

Ein neuer Zeuge für Poincares Kriegsschuld.

Die in Paris erscheinende Zeitschrift „Europe" gibt die Erinnerungen des ehemaligen französischen Botschafters in Petersburg, George Louis, der bekanntlich auf Wunsch Iswolskis im Jahre 1913 von seinem Posten in Petersburg entfernt wurde, heraus. Das Blatt ist in der Lage, bereits heute einige der Schriftstücke zu veröffentlichen. Nach dem ersten Schriftstück hatte Louis am 21. Mai 1912 mit dem damaligen Außenminister Pichon eine Unterredung. Louis sprach seine Verwunderung darüber aus, daß Pichon trotz der Anerkennung, die er seiner Tätigkeit zolle, seinen Rücktritt verlangte. Pichon erwiderte, die Erklärung dafür liegt in der Haltung Iswolskis. — Ein zweites Schriftstück bezieht sich auf eine Unterredung, die Louis damals mit dem französischen Botschafter in Berlin, Jules Cambon, hatte. Das Schriftstück trägt das Datum vom 1. November 1924. Cambon sagte: Kaiser Wilhelm sagte am 1. Januar 1912 (also nach dem Marokko-Abkommen)) zu mir: In sechs Monaten wird man uns Denkmäler errichten, daß wir einen Krieg vermieden haben. — Poincare war noch nicht Präsident der Republik. — 1913 sagte der Kaiser zu mir: Ich tat alles, um zu guten Beziehungen zu gelangen, aber das ist zu Ende. — Cambon sagte wörtlich: Poincare ist zum Teil am Kriege schuld. Botschafter Louis habe hinzugefügt: Jawohl, mit Iswolski. Cambon habe darauf gefragt: Konnte der Krieg vermieden werden? Louis antwortete: Nicht Ende Juli 1914, aber 1912; Poincare machte sich zum Instrument Iswolskis. — Die dritte Veröffentlichung betrifft eine Unterredung, die Pichon am 14. Januar 1915 mit Louis hatte. Pichon rief aus: Wenn Sie in Petersburg geblieben und ich Außenminister gewesen wäre, hätten wir keinen Krieg bekommen. — Louis erwiderte: Gewiß, wenn Sie im Pariser auswärtigen Amt und Fallieres im Elysee gewesen wären, wäre der Krieg nicht ausgebrochen. — Im weiteren Verlauf der Unterredung sagte Pichon: Die beiden Botschafter, die Ihnen folgten, waren sehr gefährlich, besonders Paleologue, aber auch Delcasse. Paleologue trieb die Russen zum Krieg. Hierauf erklärte Louis: Die Präsidentschaft Poincares war verhängnisvoll, weil er frei hat den Krieg entfesseln können.

Diese Veröffentlichungen haben in der französischen Presse große Aufregung verursacht, wird doch darin festgestellt, daß Poincare für den Weltkrieg verantwortlich ist. Auch die englische Presse nimmt zu diesen Enthüllungen Stellung. „Westminster Gazette" trägt am Kopf die fettgedruckte Ueberschrift: „Kriegsschuldanklage Poincares" und erklärt, die diplomatischen Kreise in ganz Europa würden unvermeidlich durch die gestrigen Enthüllungen des „Oeuvre" erregt werden. — „Morning Post" veröffentlicht das Telegramm ihres Pariser Berichterstatters über die Enthüllungen des „Oeuvre" unter der Ueberschrift „Neue Theorien über die Kriegsursachen."

Gegen die Zerstörung der Friedrichshafener Werft.

Der Aeroklub in Spanien hat an die „Föderation aeronautique internationale", der auch Deutschland bis zum Weltkriege angehörte, zu Händen des Aeroklubs in Argentinien folgendes Telegramm gerichtet: Der Aeroklub in Spanien bittet die Föderation dringend, bei den alliierten Regierungen vorstellig zu werden, daß die Luftschiffhalle in Friedrichshafen im Interesse der Weltluftfahrt nicht zerstört werde. Der Aeroklub von Spanien ist überzeugt, daß die Halle in Friedrichshafen ein Element ersten Ranges für den Fortschritt der Weltluftfahrt darstellt und bittet die F.A.J., bei den alliierten Regierungen seinen Wunsch, daß diese Halle nicht zerstört werde, zu unterstützen.

Eröffnung der deutsch-russischen Verhandlungen.

Moskau, 17. Nov. Die feierliche Eröffnungssitzung der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen fand am letzten Samstag im großen Konferenzsaal des Außenkommissariats statt. Krassin eröffnete die Sitzung mit einer längeren Ansprache, worin er betonte, daß die Sowjetregierung an dem Grundsatz des Außenhandelsmonopols als wesentlichster Stütze des politischen und wirtschaftlichen Systems der Sowjetunion unentwegt festhalte. Er drückte aber gleichzeitig die Ueberzeugung aus, daß eine deutsch-russische Zusammenarbeit auf allen Wirtschaftsgebieten durchaus möglich sei. Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau nahm dann das Wort zu einer Erwiderung und sagte: „Auch ich verhehle mir nicht die Schwierigkeiten, die im Laufe der Verhandlungen entstehen können. Bei dem festen Willen beider Regierungen, diese Schwierigkeiten zu überwinden, werden sie aber, wie ich hoffe, aus dem Wege geräumt. Das deutsche Volk weiß, was der ihm in Freundschaft freigehaltene Weg nach Osten bedeutet. Es ist entschlossen, ihn zu betreten, nicht als Bittsteller und nicht als Eindringling, sondern als aufrichtiger Freund, um gemeinsam mit den Völkern der Sowjetunion aufzubauen, was durch den Krieg zerstört wurde. Aber wenn Rußland Deutschland hilft und Deutschland Rußland unterstützt, so bedeutet das Selbsthilfe. Es ist der aufrichtige Wunsch der deutschen Regierung, daß die Verhandlungen zu einem Erfolg führen. Durch diese positive Arbeit wird der Sache des Friedens und dem Wohle der Menschheit ehrlicher gedient, als die blendendsten Phrasen."

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

* **Neuenbürg**, 17. Nov. Zu dem gestrigen Bodelschwingh-Abend im Gemeindehaus hatten sich so viele Gemeindeglieder eingefunden, daß nicht wenige mit einem Stehplatz sich begnügen mußten. Der erste Vortrag von Dekan Dr. Megerlin „Züge aus Bodelschwinghs Leben" zeigte uns Bodelschwingh in seinem Werden und auf der Höhe seiner Tätigkeit. Wir erlebten mit, wie er seinen Beruf fand, wie er in Paris unter den Gassenkehrer-Kindern wirkte und wie er als Vater der Elenden in Bethel sich betätigte. Der zweite Vortrag von Stadtvikar von Jan schilderte persönliche Eindrücke von Bethel und Eckardsheim. Man bekam einen Begriff davon, wie schwierig die Arbeit in einem Fürsorgeheim ist, aber auch wie befriedigend die Tätigkeit bei den Epileptischen für den ist, der Liebe zu Kranken hat. „Wir sind eine Gemeinde von Sterbenden" hat Vater Bodelschwingh oft gesagt, aber trotzdem ist Bethel eine Gemeinde von fröhlichen Menschen. Den Schluß des Abends bildete eine kleine Aufführung „Der treue Bartel". Die jungen Leute spielten mit Hingebung und Eifer und die Hörer freuten sich an der deutschen Treue, die in dem Stück verherrlicht wird. Auch die musikalischen Beigaben („Wir preisen alle Gottes Barmherzigkeit" gesungen von einem Mädchenchor und ein Stück aus einer Sonate von Schubert für Violine und Klavier) wurden dankbar entgegengenommen. — Der nächste Gemeinde- und Volksbundabend wird am nächsten Sonntag stattfinden. Dabei wird der neue Geschäftsführer des Volksbundes, Pfarrer Lic. Waldenmaier, der seit Mitte Oktober an die Stelle von Dr. Lempp trat, den Hauptvortrag über „Kirche und Sekten" halten. Es wird den Gemeindegliedern von Interesse sein, den neuen Geschäftsführer, der ein für unsere Kirche so wichtiges Amt übernommen hat, persönlich kennen zu lernen.

Neuenbürg, 17. Nov. Der Besuch der Wahlversammlung der Württ. Bürgerpartei (Deutschnationale Partei) am Sonntag Abend im „Bären" stand unter einem ungünstigen Stern, woran der für die gleiche Zeit angesetzte Bodelschwingh-Abend im Gemeindehaus von Einfluß gewesen sein dürfte. Die Zahl der Anwesenden dürfte etwa 60 betragen haben. Der Vorsitzende, Bezirksnotar Reuß, führte in seiner Begrüßungsansprache aus, daß diese nach kurzer Zeit schon wieder der Wählerschaft zugemutete Neuwahl zum Reichstag bei einigermaßen Verträglichkeit hätte vermieden werden können. Es gab im deutschen Volke Parteien, die in ihrem Haß gegen alles, was deutschnational fühle und denke, es nicht über sich bringen, mit den Deutschnationalen am Regierungstisch zu sitzen, obgleich die Deutschnationalen als die stärkste Partei berechtigt gewesen wären, an der Regierung teilzunehmen. Zu den Schwierigkeiten, Widerwärtigkeiten und Kosten eines Wahlkampfes komme noch hinzu die Befehdung Deutscher gegen Deutsche. Er begrüßte den Redner des Abends, Dr. Haller, Ludwigsburg, der die Frage aufwarf, warum das deutsche Volk nach sieben Monaten schon wieder zur Wahlurne schreiten müsse, als ob es sonst nichts besseres zu tun hätte. Er wies auf eine Pressenotiz von Lloyd George in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" hin, in der dieser ausführte, daß gegenwärtig eine konservative Welle über England, Amerika, Italien und Deutschland gehe; Redner wünschte, daß Lloyd George mit dieser Aeußerung in bezug auf Deutschland recht hätte. Den Deutschnationalen werde die Schuld zugemessen, daß wieder gewählt werden müsse, diese aber schieben die Schuld der Demokratie und der Sozialdemokratie zu. Zum Beweise stelle er fest, daß die Deutschnationale Partei als die stärkste Partei mit 106 Mandaten aus dem Wahlkampf am 4. Mai hervorging. Es wäre ganz selbstverständlich gewesen, daß Reichspräsident Ebert diese stärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt hätte, so sei es Recht und Gebrauch in den parlamentarischen Staaten und Deutschland soll doch seit sechs Jahren ein demokratisch regierter parlamentarischer Staat sein. Wäre Deutschland ein richtig demokratisch regierter Staat, so hätte man sagen sollen, jetzt, ihr Deutschnationalen, ist an

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

euch die Reihe, aber Reichspräsident Ebert, den er damit anklage, wollte die Deutschnationalen nicht an das Ruder kommen lassen. Die Deutschnationalen verlangten vier Ministerposten, wollten aber vorerst das Dawesabkommen nicht stören, das bereits vor dem 4. Mai von der Regierung angenommen worden war. Am 29. August wurde das Dawesgutachten vom Reichstag angenommen; die 50 Prozent der Deutschnationalen, welche dafür stimmten, sollen, wie die Gegner sagen, dazu abkommandiert worden sein, er stelle fest, daß diese 50 Prozent aus eigenem Antrieb für die Annahme des Gutachtens stimmten. In der von Reichskanzler Dr. Marx erstrebten Volksgemeinschaft, in welcher auch die Sozialdemokraten vertreten sein sollten, bemerkte Redner, daß man in der Regierung ganz gut wisse, daß die Deutschnationalen mit der Sozialdemokratie nie einig würden, die Gegensätze beider Parteien stehen sich wie Feuer und Wasser gegenüber. Dennoch habe die deutschnationale Partei die Richtlinien des Reichskanzlers mit einigen Zusätzen angenommen, gleiches taten die Sozialdemokraten, eine Einigung kam nicht zustande. Nun wurde die Sozialdemokratie ausgeschaltet und der Gedanke eines Bürgerblocks, bestehend aus Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei, Zentrum und Demokraten, in den Bereich der Möglichkeit gezogen. Dieser Bürgerblock scheiterte an dem Widerstand des Zentrums und der Demokratie, die ihrerseits erklärten, daß sie dadurch in einen Gegensatz zur Arbeiterschaft geraten, und einen solchen wollen sie nicht in das deutsche Volk hineintragen. Als ob nicht bereits 1849 Karl Marx und Friedrich Engels die Gegensätze in das deutsche Volk getragen und dieses durchwühlt wurde. Redner stellte fest, daß die Deutschnationalen über eine Million eingetragener Angehörige der Arbeiterschaft zu ihren Mitgliedern zählen. Nun mache man dem Volke gruselig und sage, wenn man die Deutschnationalen wählt, dann gibt es Krieg. Die Deutschnationalen weisen das mit aller Entschiedenheit zurück; sie stellen sich auf den Standpunkt von Gerhart Hauptmann, der u. a. dieser Tage schrieb: Er stehe unter denen, die belehrbar seien, und die aus den überaus grauenvollen Kriegsereignissen eine Lehre gezogen hätten. Unter denen, die, je eher, je lieber, den großen Jammer erneuern wollen oder unter denen, die ihn vergessen haben, stehe er nicht. Freilich habe er auch mit denen nichts gemein, die in alle Ewigkeit geduldig den Buckel hinhalten wollen. Ein Krieg wäre Widersinn. Deutschland sei ein waffenloses Volk geworden durch die Schuld der Linksparteien. Diese hätten seinerzeit dafür gewirkt, daß die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft werde. Man hatte furchtbar Eile, die Waffen zusammen zu tragen und dem Feinde abzuliefern. In Amerika seien darüber Stimmen laut geworden, die sagten, so hätte kein Volk in Amerika gehandelt, das deutsche Volk hätte sich dadurch verächtlich gemacht. Die Deutschnationalen seien nicht so dumm, einen Krieg herauf zu beschwören, aber sie wollen aufhören mit der Erfüllungspolitik, dem Feinde die Zähne zeigen und ihm sagen, hier steh ich, ich kann nicht anders, kommt und holt es euch, wenn wir es euch nicht geben können. Deutschland bekam trotz seiner Unterwürfigkeit einen Hundetritt nach dem andern, weil es waffenlos war. Man möchte keine zweite Inflation mehr erleben, aber die Deutschnationalen hätten die Inflation nicht veranlaßt. Diese komme vom Weltkrieg her. Seit 1917 standen die Deutschnationalen in der Opposition, die Regierung setzte sich zusammen aus Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten. Weshalb also die Deutschnationalen dafür verantwortlich machen? Friedrich der Große habe es nach schweren und langen Kriegsjahren durch weise Gesetzgebung ohne Sozialdemokratie fertig gebracht, sein Land wieder der Wohlfahrt zuzuführen. Man preise Schacht als den Retter aus der Inflation, in der Pfalz laute es anders, dort werde der verstorbene Helfferich, der den Gedanken einer Roggen- und Rentenmark aufwarf, als der Retter bezeichnet. Man beschuldige die Deutschnationalen der Reaktion. Reaktion heiße Wiederherstellung dessen, was in der Vergangenheit gut war und sich bewährte. Sie wollen in erster Linie wieder das Berufsbeamtentum. Wenn im verfluchten alten Obrigkeitsstaat ein Beamter einen Verweis bekam, so kam er auf die schwarze Liste; wir hätten im neuen Deutschland Beamte bekommen, die wie der zweite Kriegskanzler Michaelis sich ausdrückte, so viel Verbrechen verübten, als solche in zweihundert Jahren von preuß. Beamten nicht begangen wurden. Wir wollen Beamte, die einwandfrei dastehen, die ihre Prüfungen ablegten und von der Pike auf dienten, denen man Vertrauen entgegenbringen kann. Aber bei weitem kein Parteibeamtentum, von dem man vielfach nichts Gutes erlebt habe. Weiter wollen die Deutschnationalen die Beseitigung der Kriegsschuldlüge. Der englische Schriftsteller und Politiker E. Morel, der erst dieser Tage starb und zu Kriegsbeginn auf das Mandat verzichtete, schrieb u. a., daß es Wahnsinn wäre, zu behaupten, Deutschland habe die Schuld am Kriege, Frankreich und England hätten mit Ueberlegung einen Offensivkrieg mit Deutschland vorbereitet. Für diese mutige Sprache mußte der gerechte Engländer vier Monate ins Gefängnis. Solche Zeugnisse stehen unzählige zur Verfügung aus Amerika, England, Italien, Schweden, Norwegen, Serbien, Rußland, Bulgarien usw. Sie erbringen den Beweis, daß wir nicht den Krieg vorbereiteten, daß wir ihn verhindern wollten. Ein Kurt Eisner in München brachte es fertig, den Franzosen zu sagen, Deutschland ist schuld am Kriege. Am 29. August war in den Zeitungen zu lesen, daß die Regierung den Widerruf der Kriegsschuldlüge ausgesprochen habe und diesen Widerruf den alliierten und assoziierten Regierungen amtlich zur Kenntnis bringen werde. Es kam nichts bis zum 15. September. Da schrieb Reichskanzler Dr. Marx einen Privatbrief an Herriot und Macdonald, das deutsche Volk halte es nicht mehr aus unter dieser Kriegsschuldlüge und er werde so frei sein, dies in den nächsten Tagen den Regierungen anzuzeigen. Herriot telegraphierte alsbald an den französischen Gesandten in Berlin, der im Auswärtigen Amt erklärte, Frankreich würde es sehr unangenehm empfinden, wenn die deutsche Regierung einen solchen Schritt unternehme. Kaum war der französische Gesandte fort, so kamen der englische, italienische und belgische Gesandte und sagten, ihre Regierungen bitten das Auswärtige Amt, doch mit großer Vorsicht an diese Sache heranzugehen. Die Regierung klappte zusammen, und die Notifizierung unterblieb angeblich aus technischen und diplomatischen Gründen. Wenn die Deutschnationalen zur Regierung kommen, werden sie das Versäumte nachholen und verlangen, daß die Sache vor ein internationales Schiedsgericht kommt, denn auf die Kriegsschuldlüge gründet sich der verhängnisvolle § 231 des Friedensvertrages von Versailles, welcher lautet: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben". Deutschland habe seine Archive geöffnet, die Franzosen und Engländer halten damit zurück, weil sie kein sauberes Brusttuch haben. Weiter verlangen die Deutschnationalen, daß das Dawesgutachten durchgeführt werde unter Wahrung der deutschen Belange. Wir müssen aus unsern Eisenbahnen dieses Jahr 800 Millionen Mark leisten, in den kommenden Jahren bis 1928 1200 und 1800 Millionen Mark, von 1928 ab jährlich 2½ Milliarden Goldmark. Wir haben keinen souveränen Staat mehr, unter Kontrolle stehen unsere Eisenbahnen, Finanzen, Steuern und unser Staatshaushalt. Wir wollen, daß bei der Durchführung des Dawesgutachtens die Lebensbedingungen des deutschen Volkes nicht verletzt werden. Die Deutschnationalen verlangen weiter, daß unser künftiges Familienleben, Schule und Jugendbildung auf eine christliche Grundlage gestellt wird. Als ein christliches Volk verlangen wir eine christliche Schule, Familie und Ehe, die Urzelle, aus der die Wohlfahrt eines Volkes kommt. Wir wollen eine gleichmäßige Behandlung der Industrie und Landwirtschaft und dies besonders in der Frage des Schutzzolles. Die gesunde und natürliche Grundlage eines Volkes ist die Landwirtschaft; ein Volk, das seine Landwirtschaft vernachlässigt, sägt den Ast ab, auf dem es sitzt. Wenn wir eine noch so blühende Industrie haben, und die Landwirtschaft geht dabei zu Grunde, so geht auch das Volk damit zu Grunde. Wenn in hundert Jahren die Geschichte des Weltkrieges von unparteiischer Seite geschrieben wird, so wird das Hauptverdienst, 4½ Jahre gegen eine fünf- bis zehnfache Uebermacht ausgehalten zu haben, dem deutschen Soldaten und dem deutschen Bauer zukommen. Darum wollen die Deutschnationalen den Getreideschutzzoll. Man habe den Bauern vorgeworfen, daß sie ihre Schulden während des Krieges und der Inflationszeit los wurden. „Heute sei die Landwirtschaft aber bereits wieder stark verschuldet. Lieber soll es dem Bauern zu gut gehen, als daß es ihm schlecht geht.

Zur Wahl selbst tadelt Redner die Feigheit und Bequemlichkeit, welche viele vom Wählen abhält. Ein deutscher Mann solle nicht feig sein. Wer nicht den Mut habe, seiner politischen Ueberzeugung durch den Stimmzettel Ausdruck zu geben, dem spreche er ab, ein deutscher Mann zu sein. Von der Bequemlichkeit müsse man sich losreißen. Es gebe nur ein rechts oder ein links, eine Mitte gebe es nicht mehr. Mit der Deutschen Volkspartei werde die Deutschnationale Partei den Kampf unter dem Zeichen Schwarz-weiß-rot führen. Unter dieser Farbe, die nie hätte gewechselt werden sollen, sei Deutschland groß geworden, unter ihr zogen die Truppen gegen den Feind, unter ihr wurden die herrlichen Siege erfochten. Im Ausland, namentlich in Amerika, habe Deutschland sich verächtlich gemacht, daß es seine Farbe wechselte. Mit der Deutschen Volkspartei hätten die Deutschnationalen im Wahlkampf einen Burgfrieden geschlossen. Die Stellungnahme zu den Mittelparteien kennzeichnete der Redner dahin, daß die Deutschnationalen angesichts der geteilten Auffassung im Zentrum, das einen linken und einen rechten Flügel aufweise diesem kein besonderes Interesse entgegenbringen. Die Demokratie werde heute die Partei der Austretenden genannt; infolge der vielen Austritte aus der Partei gereiche es der Partei nicht zum Ruhme, wie sie die Austretenden abgetan habe. Lob gebühre in diesem Zusammenhang Dr. Alb. Wieland, der den Austritt so vieler hervorragender Männer bedauerte. Die heutige Demokratie sei nichts anderes, denn der rechte Flügel der Sozialdemokratie, ihr können die Deutschnationalen kein Vertrauen entgegenbringen. Von der Sozialdemokratie trenne die Deutschnationalen derjenige: Weltanschauung, Klassenkampf, Sozialisierung. Eine Annäherung an die Sozialdemokratie sei aus diesem Grunde unmöglich. Marx und Engels hätten die unseligen Gegensätze des Klassenkampfes in das deutsche Volk hineingetragen; die Deutschnationalen werden nicht ruhen, bis diese Gegensätze aus dem deutschen Volke wieder heraus sind. Die Deutschnationalen hätten mitgewirkt an dem Zustandekommen der Sozialversicherungsgesetze: Kranken- und Invalidenversicherung, Unfall- und Altersversicherung, Angestelltenversicherung, Frauen- und Kinderschutzgesetz, während die Sozialdemokratie sich seinerzeit dagegen ablehnend verhielt, weil sie eine Bettelsuppe nicht annehmen wollte. Die mit so großem Geschrei angekündigte Sozialisierung sei schmählich verkracht und habe ein sang- und klangloses Begräbnis gefunden. Die Versprechungen der Sozialdemokratie von Brot, Freiheit und Friede blieben bisher unerfüllt wie die Tatsachen zeigen. Für den Völkerbund können sich die Deutschnationalen erst erwärmen, wenn dessen Tätigkeit mehr Vertrauen erwecke wie bisher. Deutsche Pazifisten sagen, so schnell wie möglich in den Völkerbund eintreten. Die Deutschnationalen sagen, warum sollen wir zuerst eintreten, solange nicht Amerika und Rußland darin sind. Wir verlangen als Bedingungen des Eintritts, daß wir als gleichberechtigte Großmacht wie die anderen die gleichen Rechte haben, Befreiung von der Kriegsschuldlüge, desgleichen von der Kolonialschuldlüge. Den Deutschen wurde verübelt, daß sie den Negern 25 Streiche geben, weil erfahrungsgemäß die Neger aus Gefängnis sich nichts machen. Dagegen ist nachgewiesen, daß die Engländer den Eingeborenen 100 Streiche verabreichten und daß die Belgier Schwarzen, die nicht genug Gummi ablieferten, eine Hand abschlugen. Demgegenüber werde Deutschland der Unfähigkeit, zu kolonisieren, beschuldigt. Bisher habe die Tätigkeit des Völkerbundes sich nur zum Schaden Deutschlands ausgewirkt.

Am 7. Dezember habe das deutsche Volk zwischen rechts und links zu entscheiden. Die Sozialdemokratie, der größte Gegner der Deutschnationalen, marschiere unter dem Zeichen Schwarz-rot-gold, die Deutschnationalen unter den alten ehrenvollen Reichsfarben Schwarz-weiß-rot. Mit der Bitte an die Anwesenden, in ihrem Teil dazu beizutragen, auch bei den Angehörigen und Bekannten, daß Deutschnational gewählt werde, schloß der Redner unter Beifall seine eineinhalbstündigen Ausführungen.

In der Aussprache kam der Redner noch auf die Aufwertungsfrage zu sprechen. Er bemerkte, daß Landgerichtsrat Dr. Best, Darmstadt, der berufene Verfechter der Aufwertungsbewegung, an sicherer Stelle in die Reichsliste der Deutschnationalen Partei aufgenommen wurde, wodurch die Stellungnahme der Partei am besten dokumentiert sei. Die Stellungnahme der Deutschnationalen Partei zum Kommunismus, den Redner als die letzte Frucht der Sozialdemokratie bezeichnete, obwohl sich beide gar nicht lieb hätten, sei gegeben durch die internationale Einstellung desselben, während die Deutschnationalen, wie ja auch ihr Name besage, streng national fühlen und denken und daher allem Internationalen abhold seien. Wie der englische Kommunist einerseits auf die Monarchie schimpft, andererseits mit Begeisterung „Heil unserem König Heil" singt, wie er dem darüber erstaunten, ihn darüber befragenden Deutschen nur zur Antwort gibt „Verdammter Deutscher!" brachte Redner treffend zur Kenntnis, ebenso wie es mit den Segnungen des Paradieses in Moskau bestellt ist, wo den dortigen Staatsarbeitern der Streik streng verboten ist. Mit dem Danke an den Redner und der Aufforderung an die Anwesenden, am Wahltag sich im deutschnationalen Sinne zu betätigen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

(Wetterbericht) Bei von dem Hochdruck im Osten herrührenden östlichen Luftströmungen ist auch für Mittwoch und Donnerstag trockenes, mehrfach heiteres und besonders nachts frostiges Wetter zu erwarten.

∺ **Birkenfeld**, 17. Nov. Am letzten Samstag und Sonntag eröffnete der hiesige Geflügel- und Kaninchenzüchterverein in der Turnhalle eine Geflügel-, Brieftauben- und Kaninchen-Ausstellung. Die zahlreich eingelaufenen Anmeldungen zeigten, welch großes Interesse der Ausstellung seitens der Mitglieder entgegengebracht wurde. Und so hat jeder Aussteller sein Möglichstes, nur erstklassiges Material von Geflügel, Tauben und Kaninchen vorzuführen. Dem Verein ist es hauptsächlich darum zu tun, durch die Ausstellung den Interessenten und dem Publikum überhaupt vor Augen zu führen, welche Arten von Tieren gehalten, d. h. gezüchtet werden sollen, um die Geflügelzucht rentabel zu gestalten. Die Geflügelzucht bildete ja lange und vielleicht heute noch einen unrentablen Nebenzweig der Landwirtschaft, weil eben manchem Landwirt sein heutiges Geflügel und die Umstände, wie solches gehalten wird, keinen Nutzen bringt, gerade so wenig, wie eine Milchkuh bei schlechter Behandlung und Fütterung. Soll die Geflügelzucht lohnbringend werden, so muß der Landmann in erster Linie sein Vorurteil fallen lassen, um sie durch eigene, unparteiische Anschauung kennen zu lernen. Dies geschieht am besten, wenn er solche Ausstellungen besucht, wie hier eine solche geboten war. Da konnte man nur mustergültige Tiere sehen. Ausgestellt waren an Geflügel: Plymout-Roks, schwarze und weiße Wyandott, Minorka, Rodeländer, Italiener, rebhuhnfarbige, silberhalsige, Rheinländer usw. Unter dem Wassergeflügel waren die Hauptvertreter die indischen Laufenten und Riesen-Peking. Die Taubenausstellung wies Prachtexemplare von Brieftauben auf. Aber auch unter den Kaninchen gabs schöne Tiere zu sehen: Deutsche Riesenschecken, Belgische Riesen, Schwarz-Lohr, Blau-Lohr, Klein-Silber, Japaner usw. Die Ausstellung war sehr gut besucht. Mit derselben war ein Preisschießen und eine Gabenverlosung verbunden.

∺ **Birkenfeld**, 17. Nov. Unter den kirchlichen Festen ist das Kirchweihfest dasjenige, das bezüglich seiner Festlegung gewissermaßen am meisten von den örtlichen und lokalen Verhältnissen abhängig war. Das allgemeine Kirchweihfest in Württemberg, die sogen. „Landeskirwe" fällt gewöhnlich auf den dritten Oktobersonntag. Die Weinbau treibenden Gemeinden im Oberamtsbezirk Neuenbürg Gräfenhausen, Obernhausen, Niebelsbach, Birkenfeld — in letzterere Gemeinde ging der Weinbau infolge der in Pforzheim aufblühenden Goldindustrie auf ein Minimum zurück, — feiern ihr Kirchweihfest am ersten Sonntag nach Martini oder, wenn der Sonntag auf den 11. November fällt, an diesem Tag. Im württ. Hohenloher Land, wo die Abwechslung noch größer ist, ist dem Städter Gelegenheit geboten, jeden Sonntag eine andere „Kirwe" zu besuchen und sich gütlich zu tun am Neuen, an Kuchen, an Enten-, Kalbs- und Gansbraten. Die meisten dieser Gäste nehmen dann auch noch einen ordentlichen „Kärwebindel" mit nach Hause. So hoch gings allerdings an der „Birkenfelder Kirwe", die am gestrigen Sonntag stattfand, nicht her. Aber immerhin wurde reichlich Kuchen gebacken und von den Gastwirten dem Fest entsprechende Schlachtungen vorgenommen, so daß für die zahlreich erschienenen Gäste aus Stadt und Land der Tisch reichlich gedeckt war.

Herrenalb, 17. Novbr. (Zur Reichstagswahl.) Der Aufmarsch der Parteien für die Entscheidung am 7. Dezember wird sich auch hier mit einer bedeutsamen Kundgebung bemerkbar machen. Für die Deutsche Volkspartei wird Oberstudienrat Dr. Egelhaaf am nächsten Sonntag, den 23. November, abends 8 Uhr, im Hotel Sonne einen Vortrag halten „Ueber die gegenwärtige Lage". Die hervorragende Bedeutung des Redners als Historiker und Landtagsabgeordneter gibt uns Gewährschaft dafür, daß Angehörige aller Parteien außerordentlich reiche Anregung durch den Besuch der Versammlung zu erwarten haben. Näheres demnächst im Anzeigenteil.

△ **Herrenalb**, 17. Nov. Die hiesige Niederlassung der Rheinischen Creditbank hat mit dem 15. d. M. ihre Tätigkeit eingestellt, da ihre Inanspruchnahme mehr und mehr zurückging. Auch die allgemeinen Konzentrationsbestrebungen der Banken legten den Gedanken nahe, die Niederlassung aufzugeben. Eine spätere Wiedereröffnung ist nicht beabsichtigt. Die Zentraldirektion in Mannheim hat beschlossen, bei Rückgabe der Lokalitäten das unbewegliche Inventar hier zu belassen, um der Stadtgemeinde Herrenalb die Möglichkeit zu schaffen, evtl. eine eigene Bankanstalt ins Leben zu rufen. Die Möglichkeit hiezu ist jedoch augenblicklich nicht gegeben, weshalb die Gemeinde die Räume zur Errichtung eines Verkehrsbüros benutzen wird. Wer die Beziehungen zur Rheinischen Creditbank aufrecht erhalten will, kann deren Häuser in Ettlingen oder Karlsruhe in Anspruch nehmen.

Höfen, 17. Nov. Am Sonntag abend fand hier ein Gemeinde- und Volksbundabend statt, der dem „Verein der Freundinnen junger Mädchen" und der „Bahnhofsmission" gewidmet war. Nach einem Gesang des Jungfrauenvereins: „Deutsche Jugend heraus!" und einer kurzen Begrüßung durch den Ortspfarrer berichtete Frau Pfr. Gundert eingehend über die Arbeit des Freundinnenvereins, die im Land noch viel zu wenig bekannt ist. Auch in jedem kleinsten Ort sollte solch eine „Freundin" sein, die sich verpflichtet, jedem jungen Mädchen mit Rat und Tat beizustehen. Dann erst wäre die Kette vollständig, die sich über die ganze Erde erstreckt und in Deutschland allein etwa 9000 Mitglieder hat. Die Notwendigkeit solcher Hilfsarbeit wurde an verschiedenen Beispielen gezeigt, wo die Bahnhofsmission junge Mädchen aus den Händen von gewinnsüchtigen Vermieterinnen, leichtsinnigen Verführern oder gar Agenten des schnöden Mädchenhandels errettet hat. Zuletzt wurde über die neue große Arbeit des Vereins, die Auswandererhilfe in Hamburg, berichtet, wo jetzt eine eigene Missionarin für die allein reisenden jungen Mädchen angestellt ist. Als erfreulichen Schluß bot der Jungfrauenverein ein Schattenspiel, das ein Erlebnis aus der Arbeit der Bahnhofsmission lebendig vor Augen führte. Das Opfer des Abends wurde der Bahnhofsmission zugeführt.

Unterreichenbach, 16. Nov. Während unten in Liebenzell die Wogen des Jubiläumsfestes der Liebenzeller Mission hoch gingen, hatten auch wir oben im stillen Wald eine weihevolle Feier im Schulhaus. Die dankenswerte Freigebigkeit einzelner Herren des Vorstandes von dem Ortskrankenkassen-Verein Stuttgart, der sein Erholungsheim Burghalde hier oben hat, stiftete der Kirchengemeinde ein neues prächtiges Harmonium für ihre Gottesdienste. Dieses erhielt heute seine Weihe. Einer Anregung des hiesigen Hauptlehrers Olpp folgend, kamen zu dieser Feier einige Lehrer der Umgebung, leiteten die Feier stimmungsvoll ein mit dem ergreifenden Quartett: „Mit dem Herrn fang alles an" und zeigten das neue Instrument, teils im Solospiel, teils zusammen mit Violine und Cello, in seiner vollen Klangschönheit der Gemeinde. Besonders gut gelungen und weihevoll war vor dem Eingangs- und Weihegebet des Ortsgeistlichen das Andante religioso von Mendelssohn und dann nach der Weiheandacht das Largo von Händel. Die Gemeinde, der nur selten ein solcher Kunstgenuß zuteil wird, ist den gütigen Mitwirkenden, deren Darbietungen sie andächtig zuhörte, herzlich dankbar und die Weihefeier des Harmoniums wird allen Teilnehmern eine schöne Erinnerung bleiben.

Württemberg.

Stammheim, 15. Nov. (Rasch tritt der Tod den Menschen an.) Das zeigte sich auch in der Nacht zum Samstag beim Ableben des Jahrradhändlers Karl Laugmann, eines verheirateten Familienvaters in Magstadt, O.-A. Böblingen. Er saß an jenem Abend nach einer Vereinsversammlung noch mit seinen Kollegen gemütlich beim Schoppen. Dabei wurden im Scherz gegenseitig die Brusthöhe auf ihre Stärke geprüft, indem man sich mit der Faust auf die entgegengehaltene Brust schlug. Auch Laugmann machte mit und bot seine breite Brust dem ledigen Sattler Otto Kienle hin. Aber als dieser draufschlug, brach Laugmann zusammen und war nach kurzer Zeit eine Leiche. Den näheren Zusammenhang des Todes mit diesem Spiel muß die gerichtliche Leichenöffnung zeigen.

Stuttgart, 16. Nov. (Die Aufwertung als internationales Problem.) Der Württ. Hypothekengläubiger- und Sparerschutzverband schreibt uns: Zu der Bewegung der 3½prozen-

tigen Preußischen Konsols schreibt die „Finanzial Times“ vom 14. d. M., daß englische Besitzer erheblicher Posten deutscher Vorkriegsanleihen, vertreten durch Dr. Moseley, ein Rechtsverfahren einleiten, durch welches die Lage beim Anspruch auf Wiederaufwertung an das Deutsche Reich klargestellt werden soll. In englischen juristischen Kreisen sei man der Ansicht, daß derartige Ansprüche auf guten Rechtsgrundlagen beruhen. Auf jeden Fall solle man dadurch eine Erklärung der deutschen Regierung zur Sache herausholen. Das Anleiheproblem scheint also tatsächlich eine internationale Angelegenheit zu werden, nachdem bereits in Frankreich den englischen Bestrebungen entsprechende Tendenzen aufgetreten sind. Von dieser Seite aus dürfte also in nächster Zeit ein Druck auf die Regierung zur endlichen Erledigung bzw. Klarstellung der Aufwertungsfrage ausgehen, dessen praktische Folgen freilich noch nicht übersehen werden können, da sich die Regierung andauernd hinter die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reichs verschanzt.

Stuttgart, 17. November. (Im Dienste des Mittelstandes.) Der Landtagsabgeordnete Hermann Hiller hat in diesem Jahre als Geschäftsführer des Württ. Mittelstandsbundes für Handel und Gewerbe 25 Jahre treuer Arbeit für den Mittelstand geleistet. Bei einer aus diesem Anlaß abgehaltenen kleinen Feier wurde ihm in Würdigung seiner unermüdlichen Arbeit eine Ehrengabe überreicht.

Ludwigsburg, 17. Nov. (Zahlungseinstellung.) Die im November 1921 gegründete Ludwigsburger Schuhfabrik-A.-G. ist in Konkurs geraten. Die Aktien wurden im Freiverkehr an der Stuttgarter Börse lebhaft gehandelt, gelegentlich auch in Mannheim und München.

Heilbronn, 17. Nov. (Tödlicher Unfall.) Der verheiratete 47 Jahre alte Postbetriebsassistent Hölzer von hier, der gemeinsam mit zwei weiteren Postbeamten einen mit Paketen beladenen Posthandwagen auf dem Hauptbahnhof vom Bahnsteig 3 zum Bahnsteig 2 befördern wollte, wurde zwischen den Bahnsteigen durch die Lokomotive eines von Neckarsulm einfahrenden Zuges erfaßt und zwischen das die Bahnsteige trennende Eisengeländer und den Postwagen gedrückt, wodurch er starke Verletzungen erlitt und auf dem Transport zum Krankenhaus gestorben ist. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß während des Postwagens ein Paket herunterfallen wollte, das der Getötete noch zu halten versuchte und dadurch abgelenkt den im Nebel daherkommenden Zug nicht bemerkte. Der Lokomotivführer des Zugs hatte die Gefahr im letzten Augenblick erkannt, konnte aber den Zug nicht mehr anhalten.

Biberach, 17. Nov. (Reicher Bettler.) Neulich hat die Polizei einen ziemlich elegant gekleideten, taubstummen Bettler auf seine Bedürftigkeit geprüft. Vermöge seines gewandten Auftretens und seiner auffallenden Schreibgewandtheit war es ihm möglich, in ganz kurzer Zeit in Hotels und Gasthäusern über 177 Mark zusammenzubetteln.

Vom Oberland, 17. Nov. (Strenger Winter?) In den letzten hellen Nächten konnte man an verschiedenen Orten beobachten, wie die Füchse ihr Bellen ertönen ließen und sich bis in die Bauernhöfe hereinwagten und beim Nahen der Bewohner sich nicht beeilten, den Hof zu verlassen. Hoffentlich bleibt die Regel nicht wahr, daß das frühe Nahen dieser Raubtiere einen strengen Winter anzeigt.

Der Weinherbst. Zum diesjährigen Weinherbst schreibt „Der Weinbau“: Die Witterung des Oktober war redlich bemüht, das gut zu machen, was seine beiden Vorgänger versäumt hatten. So waren zu guter Letzt die Bedingungen zu einem befriedigenden Ausreifen der Trauben gegeben. Mit dem Beginn der Weinlese so lange wie möglich hinzuwarten, war das Gegebene; trotzdem konnten es einige Bezirke des Unterlandes — es sind alle Jahre dieselben — nicht über sich bringen, den Trauben ein längeres Hängen am Stock zu vergönnen; schon in der zweiten Oktoberwoche begannen sie, sich selbst um die Qualität betrügend, mit dem Herbsten. Die Quittung über diese Voreiligkeit blieb nicht aus: Die betreffenden Orte mußten sich mit niederen Weinpreisen, 60—80 Mark pro Hektoliter, abfinden, mehr waren diese Weinmoste, deren Mostgewicht an 60 Grad meist kaum heranreichten, auch nicht wert. Wo man mit der Lese erst am 20. Oktober begann, erfuhr die Güte des Weinmostes eine bedeutende Verbesserung, die Mostgewichte erklommen 70, in guten Lagen 80 Grad; beste Lagen brachten es vereinzelt wohl auch auf über 80 Grad. Mostgewichte von 90 und mehr Grad, wie man sie in den Tageszeitungen las, sind in das Reich der Fabel zu verweisen. In steigender Tendenz wurden 100 bis 140 Mark für den Hektoliter bezahlt. Herrschaftliche Güter brachten es für Spitzenweine auf 200 bis 300 Mark! Die Güte des 1921er wird diejenige des 1923ers nicht nur erreichen, sondern nicht gar selten übertreffen. Ein großer Teil der Weine kann ungezuckert seinen Weg gehen; kleinere Weine sind zuckerungsbedürftig.

Vermischtes.

Zwei gute Züge. Zwei Fischern von Dillingen ist dieser Tage ein seltener Fang geglückt. Sie warfen in der hochgehenden Wörnitz ihre Netze aus und brachten einen sogenannten „Weller“, auch Wels genannt, an den Tag, der das stattliche Gewicht von 86 Pfund hatte. Der Fisch hatte einen Umfang wie ein schlanker Mensch. Als die Fischer einen zweiten Versuch unternahmen, ging ihnen abermals ein Weller ins Netz, der 30 Pfund wog.

Neue Verbrecherart. Die Ehefrau eines Bürgers in Flensburg wachte nachts infolge leichten Unwohlseins auf. Sie weckte ihren Mann und beide stellten fest, daß das Schlafzimmer mit einem durchdringenden süßlichen Geruch gefüllt war. Als sie, noch ohne zu ahnen, was los war, die Balkontüre öffneten, um frische Luft hereinzulassen, sprang ein Mann vom Balkon in den Hof hinab und entlief in den angrenzenden Stadtpark. Nun erst merkte man, daß ein Einbruch versucht worden war. Der Verbrecher hatte zwei größere Löcher in die Balkontüre gebohrt und durch die Löcher Aether ins Schlafzimmer gespritzt, der die Schlummernden betäuben sollte. Es wurde ermittelt, daß der gefährliche Aether von einem Einbruchsdiebstahl in einer Flensburger Apotheke herrührte.

Eine Manöbererinnerung aus dem Elsaß. Die Franzosen erleben es heute im Elsaß, wie wir früher, daß der Elsässer in erster Linie Elsässer ist. Daran hält er mit alemannischer Zähigkeit fest. Wenn man aber unter dieser Erkenntnis ihm gegenübertrat, kam man nicht allzuschwer zu einem Verständnis. Unser Regiment hatte zeitweise in seinem Bestand ein Drittel Elsässer, es waren gute Soldaten, und sie haben das auch im Krieg gezeigt. Im Manöver kamen deshalb unsere Leute in ihren Quartieren sehr gut zurecht, während wir Offiziere bei unsern Gastgebern, namentlich bei den Notabeln, wenig Entgegenkommen fanden. Ich war einmal kurz vor dem Kriege in einem der reizenden Oertchen am Vogesenhange bei einem Weingutsbesitzer in einem alten Schlößchen im Quartier. Wie gewöhnlich wurde für einen Besuch gedankt, ich ließ mich aber nicht abweisen und bestand darauf, Madame kennen zu lernen. Schließlich konnte sie mich nicht abweisen und lud mich nach einer lebhaften Unterhaltung gar zum Essen ein, wozu ich ihr die Regimentsmusik in den Hof ihres Besitztums schickte. Sogleich erschien dann der Mann bei mir, und das Eis war gebrochen. Ich verlebte einen sehr angeregten Abend in der Familie und war noch den folgenden Sonntag lange bei ihr, zum Teil in einem feinen Gartenhaus mit wundervoller Aussicht, wo wir ausgezeichnete Weine kosteten. Die Leute waren mit einem Divisionskommandeur in Lunéville verschwägert, hatten noch nie einen deutschen Offizier kennen gelernt und wunderten sich, daß wir nicht anders waren, als die drüben. Ich hörte recht verständige Ansichten. Später in Straßburg bekam ich noch Besuche von meinem Gastfreund, der sich auch nicht scheute, meine Unterstützung bei Behörden in Anspruch zu nehmen, von denen er bisher nichts hatte wissen wollen. Er meinte, er sehe nun die deutsche Frage anders an.

Furchtbare Kesselexplosion. Eine Katastrophe, deren Umfang noch nicht voll übersehen werden kann, hat sich, wie aus Helsingfors gemeldet wird, gestern nachmittag im Hafen von Kotka ereignet. Auf einem Dampfer, auf dem sich 65 Passagiere befanden, ereignete sich aus noch nicht festgestellten Ursachen eine Kesselexplosion, durch welche zahlreiche Passagiere über Bord geschleudert wurden und ertranken. 25 Personen werden vermißt. Von den übrigen Fahrgästen haben 22 Beinbrüche, Armbrüche oder Brandwunden erlitten. Drei von ihnen sind bereits gestorben. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Der gute Rattenbeißer. „Mein Hund ist der beste Rattenbeißer in der ganzen Gegend“, rühmte sich der Wirt des Gasthauses. Gerade als er das sagte, liefen zwei große Ratten durch das Gastzimmer. Der Hund schnupperte nur mit der Nase. — „Such doch die Ratte, such doch!“ hetzte der Reisende. — „Bah“, sagte der Gastwirt hochmütig, „die kennt er doch! Aber Sie sollten ihn sehen, wenn eine fremde Ratte hierher kommt!“

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 17. Nov. (Landesproduktenbörse.) Trotz höherer Kurse am Weltgetreidemarkt ist bei uns das Geschäft außerordentlich klein, weil der Konsum noch reichlich gedeckt und das Angebot in Landware ziemlich groß ist. Es notierten je 100 Kilo: Weizen 21 bis 24 (unv.), Sommergerste 21,5—25 (unv.), Roggen 21—23 (unv.), Weizenmehl 38,5—40 (unv.), Brotmehl 34,5—36 (unv.), Kleie 12 bis 12,5 (11,5—12), Wiesenheu 6,5—8 (unv.), drahtgepreßtes Stroh 3.— bis 5.— (unv.) Mk.

Schweinepreise. In Aalen kosteten Milchschweine 38—62, in Ballingen 32—66, in Crailsheim Läufer 80—130, Milchschweine 35—58, in Gültlingen 76—130 bezw. 28—42 Mark, in Mengen Milchschweine 30—45, in Rottweil 30—50, in Saulgau Ferkel 38—48, Läufer 50—56 Mark pro Paar.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 17. Nov. Auf dem Wahlvorschlag des Württ. Bauern- und Weingärtnerverbands stehen wieder die bisherigen Abgeordneten Vogt, Körner, Haag und Frhr. von Stauffenberg.

München, 17. Nov. Der „Münchener Zeitung“ zufolge hat die Position der bayerischen Regierung in ihrem Streben auf Erfüllung des Abkommens über die Besetzung des süddeutschen Senats im Staatsgerichtshofe zum Schutze der Republik eine sehr beachtenswerte Stärkung dadurch erfahren, daß sich Württemberg dem bayerischen Protest gegen die Art der Stellung von parteipolitisch eingestelltem Ersatz für behinderte bayerische ordentliche Senatsmitglieder angeschlossen hat. Wie das Blatt weiter erfährt, ist dem bayerischen Protest praktisch bereits bei dem in Freiburg gegenwärtig verhandelten Prozeß insofern Rechnung getragen worden, als zu ordentlichen Mitgliedern bzw. Stellvertretern ernannt worden sind nach dem Vorschlag Bayerns Senatspräsident a. D. Höchstetter-Augsburg und Landgerichtspräsident a. D. Lehmerer-Ansbach, sowie Landgerichtspräsident a. D. Dr. von Korn-Stuttgart.

Königswinter, 17. Nov. Der neutrale Streifen zwischen Königswinter und Honnef, der auch nach dem vor Monaten erfolgten Abzug der Besatzungstruppen noch so lange als besetzt galt wie die Regie die Eisenbahn in Händen hatte, wurde auf Grund einer Verfügung des Kreisdelegierten in Siegburg nunmehr endgültig geräumt. Die Uebergabe hat sich glatt vollzogen.

Essen, 18. Nov. Das Kohlensyndikat Essen, die zeitige Ruhrkohle A.-G., bezieht am 18. November wieder ihr altes Gebäude in der Frau Berta Krupp-Straße Nr. 4. Von Donnerstag den 27. November ab befindet sich dort wieder der gesamte Geschäftsbetrieb.

Herne, 18. Nov. Die Uebergabe der Eisenbahnregie hat sich auch hier glatt vollzogen. Nur der erste französische Bahnhofskommandant blieb zur Abwicklung der Geschäfte zurück, während das Personal am Tage zuvor in Trupps von zehn bis zwanzig Mann nach Frankreich abtransportiert wurde.

Hirschberg, 17. Nov. Im Riesengebirge schneit es seit Sonntag. Im Hochgebirge liegt der Schnee bereits gegen 10 Zentimeter hoch, an verschiedenen Stellen noch höher. Auch im Tale bleibt der Schnee liegen. Es schneit weiter.

Dresden, 17. Nov. Die Behauptung, daß in Dresden wieder Zeitfreiwillige angeboten werden, ist vollständig frei erfunden.

Berlin, 17. Nov. Wie das Polizeipräsidium mitteilt, sind noch unaufgeklärte Beziehungen zwischen dem in Untersuchungshaft befindlichen Russen Michael Holzmann und Regierungsrat Bartels festgestellt worden. Bartels ist daher unter Einleitung eines Disziplinarverfahrens seines Postens sofort enthoben worden, da sich im Verlaufe der Untersuchung weiterhin der dringende Verdacht einer strafbaren Handlung gegen § 332 des Strafgesetzbuches ergab. Bartels ist auf Grund eines richterlichen Haftbefehls vorläufig festgenommen und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Berlin, 17. Novbr. Die deutsch-schweizerischen Verhandlungen betreffend den Abbau der beiderseitigen Einfuhrbeschränkungen gelangten heute zum Abschluß. Der Vertrag wurde heute morgen um 10 Uhr im Auswärtigen Amte von den Vertretern der beiden Mächte, deutscherseits Ministerialrat Dr. Köpke, schweizerischerseits von dem schweizerischen Gesandten Rüfenacht und Dr. Wetter unterzeichnet. Es wird noch die Genehmigung der beiden Mächte einzuholen sein und dann wird der Vertrag 14 Tage nach der Ratifizierung in Kraft treten.

Berlin, 18. Nov. Gestern abend gegen 7 Uhr wurde an der Ecke der Kronen- und Markgrafen-Straße ein Juwelenhändler von drei angetrunkenen Arbeitern überfallen und zu Boden geworfen. In der Notwehr zog der Ueberfallene seinen Revolver, tötete einen der Angreifer durch einen Herzschuß und verletzte einen anderen durch zwei weitere Schüsse. Der dritte Angreifer, der unverletzt blieb, wurde verhaftet. Der Ueberfallene, der, wie zahlreiche Zeugen bestätigen, die Schüsse in der Notwehr abgegeben hat, wurde nach der polizeilichen Vernehmung wieder freigelassen.

Berlin, 17. Novbr. Heute nachmittag findet unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Ministerbesprechung statt, in der die neuen Instruktionen für die deutschen Unterhändler bei den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen festgelegt werden sollen. Mit diesen Instruktionen wird Staatssekretär Trendelenburg wieder nach Paris reisen, um die Verhandlungen fortzusetzen.

Berlin, 17. Nov. Anläßlich der gemeldeten Erschießungen von Justizwachtmeistern bei Ausübung ihres Berufes in Halbau und Magdeburg veranstalteten die Justizwachtmeister im ganzen Reich Protestversammlungen gegen ihre unzulängliche Sicherung bei der Ausübung ihres Dienstes. In Berlin wurde in der Versammlung in einer Entschließung gefordert, daß die Justizverwaltung die Justizwachtmeister als öffentliche Sicherheitsorgane anerkennt und für eine allgemeine neuzeitliche Bewaffnung sorgt.

Berlin, 17. Nov. Der bekannte ehemalige Führer der Deutschkonservativen von Heydebrand und der Lasa ist 73 Jahre alt auf seinem Gute Klein-Tschunkame gestorben. — Die endgültige Entscheidung über die 26prozentige Reparationsabgabe wird Ende November durch das Transferkomitee erfolgen. — Zwei zehn- und 4jährige Knaben, Söhne eines Fabrikarbeiters, gerieten auf dem Bahnhof Haßfurt in Unterfranken unter Baumstämme, auf denen sie gespielt und die sie zum Abrollen gebracht hatten. Beide Knaben wurden totgedrückt. Auf einem Dominium im Kreise Glogau sind 3 Kinder im Alter von 1—4 Jahren, die von ihrer Mutter allein zurückgelassen worden waren, einem Stubenbrand zum Opfer gefallen.

Breslau, 17. Nov. Ein schweres Autounglück ereignete sich am Sonntag nacht auf der Chaussee von Obernick nach Breslau. Der dem Direktor des Thalia-Theaters Stößer gehörige Wagen fuhr gegen einen Bretterzaun und wurde völlig zertrümmert. Ein Insasse wurde aus dem Wagen geschleudert und erlitt schwere Kopfwunden. Der Chauffeur und die andern Mitfahrenden blieben unverletzt.

Reichenberg, 17. Novbr. Ein ungeheurer Brand wütete gestern im hiesigen Güterlagerhaus des Staatsbahnhofes. Der Schaden beträgt über 11 Millionen tschechische Kronen. Bei den Rettungsarbeiten wurden zahlreiche Personen verletzt.

Memel, 18. Nov. Das Estnische Kanonenboot „Memel“ wurde, einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ zufolge, beim Absuchen eines Minenfeldes von einer Mine berührt, die sofort explodierte und das Kanonenboot zum Sinken brachte. Von der Besatzung wurden zwei Mann getötet und fünf verletzt.

Wien, 17. Nov. Die Verhandlungen über die Schaffung der von Dr. Seipel geforderten Garantien gestalten sich derart schwierig, daß mit einem Regierungsverzicht Dr. Seipels ernstlich zu rechnen ist.

Paris, 17. Nov. Die Sowjetregierung beabsichtigt von der französischen Regierung außer der Ablieferung der in Bizerta vor Anker liegenden russischen Kriegsschiffe die Rückgabe von 150 russischen Dampfern sowie 50 Millionen Franken, die den Gegenwert der 12 russischen Dampfer bilden, die von Frankreich 1918 übernommen wurden, zu fordern.

Brüssel, 17. Nov. „Libre Belgique“ teilt in ihrer Morgenausgabe mit: „Wir glauben zu wissen, daß die belgische Regierung sich entschlossen hat, Deutschland das Vorrecht der meistbegünstigten Nation zu bewilligen.“ Die Nachricht hat in den Kreisen der französischen Kolonie eine lebhafte Aufregung hervorgerufen, da Frankreich sich gegen die Anwendung der Meistbegünstigungsklausel auf Deutschland sträubt.

London, 17. Nov. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, es sei befriedigend zu erfahren, daß mit Ausnahme des Zwischenfalls in Ingolstadt trotz verschiedener in Umlauf befindlicher Gerüchte die britischen Kreise die Ansicht vertreten, daß die Inspektion der deutschen Abrüstung durch die interalliierte Kommission glatt vonstatten gehe.

Jersey-City, 17. Nov. Die Stadt wurde von einem zweiten großen Brande innerhalb einer Woche heimgesucht. Zwei Umladeanlagen der Erie-Eisenbahn mit Inhalt und 14 Flußbaracken sind verbrannt. Der Schaden wird auf zwei Millionen Dollar geschätzt.

Die oberbadische Kommunisten-Revolte vor dem Staatsgerichtshof.

Freiburg, 17. Nov. Am heutigen vierten Verhandlungstag des Hochverratsprozesses vor dem süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik nahm die Zeugenvernehmung bezüglich der Lörracher Unruhen ihren Fortgang. Das Bestreben der Verteidigung ging in den ersten Verhandlungstagen dahin, nachzuweisen, daß es sich bei den Ereignissen in und um Lörrach nicht um einen wohlvorbereiteten kommunistischen Plan, sondern um eine spontan aus der Bevölkerung infolge der großen Notlage ausgebrochene Bewegung handelte. Eine Reihe von Zeugen, vornehmlich die in dieser Eigenschaft geladenen Arbeiter und Gewerkschaftssekretäre schilderten die drückenden wirtschaftlichen Verhältnisse im Grenzgebiet zur damaligen Zeit und die immer mehr zunehmende Erregung der Arbeiterschaft, die besorgt war, daß die Unternehmer die Abmachungen wegen der Goldlöhne nicht einhalten würden. Diese Erregung sei gesteigert worden durch das Erscheinen der Schupo. Mehrere von der Reichsanwaltschaft geladene Schupobeamte und Schupooffiziere bekundeten einstimmig die weitgehende Zurückhaltung der Schupo, die erst in äußerstem Notfalle von der Waffe Gebrauch gemacht hatte. Dann wurde zur Vernehmung der Angeklagten geschritten, die nach der Anklage der militärischen Kampforganisation der K.P.D. angehört haben sollen. Diese Behauptung der Anklage wurde von den Angeklagten Kaufmann Steiner aus Mannheim und Kaufmann Langendorf aus Friedrichsfeld, deren Anwesenheit in Lörrach und Umgebung nur Zwecken des Besuches und der Erholung gedient habe und rein zufällig gewesen sei, bestritten. Demgegenüber hatte aber der Angeklagte Scheier aus Neustadt im Schwarzwald bereits früher protokolarische Aussagen gemacht, die sich mit den Angaben der Anklageschrift decken und die der Angeklagte Scheier auch heute aufrecht erhält. Nach seinen Angaben hat insbesondere der Angeklagte Steiner Angaben über die Einteilung des Bezirks Oberbadens der K.P.D. sowie über eine Marschroute der oberbadischen und Freiburger Kommunisten nach Stuttgart gemacht. Steiner gab den beabsichtigten Marsch auf Stuttgart zu. Allerdings sollte erst die faschistische Bewegung in Oberbaden unterdrückt werden. Ein Teil der Zeugen, größtenteils Mitglieder der K.P.D., verweigerte die Aussage oder wollte von den Vorgängen nichts wissen.

Bürgervorsteher- und Stadtverordnetenwahlen.

In der aus den beiden Städten Lehe und Geestemünde neugebildeten Stadt Wesermünde erhielten bei der Bürgervorsteherwahl am letzten Sonntag die Sozialdemokraten 19 Mandate mit 14 022 Stimmen, die Kommunisten 4 Mandate mit 2963 Stimmen, die Demokraten 3 Mandate mit 2113 Stimmen, die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 20 Mandate mit 14 316 Stimmen. Dem „Vorwärts“ zufolge haben die Kommunisten 1500 und die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 3300 Stimmen verloren.

Dessau, 17. Nov. Nach dem Ergebnis der gestrigen Gemeindewahlen verteilen sich die Stadtverordnetenmandate in den anhaltischen Kreisstädten folgendermaßen: Dessau: 16 Sozialdemokraten (15), 4 Demokraten (5), ein Kommunist (2), 15 Volksgemeinschaft (14). Bernburg: 16 Bürgerliche gegen 14

Literarisches.

Pfarrer Heumann-Kalender für das Jahr 1924. Ein Buch von guten und nützlichen Dingen, brosch., 200 Seiten, reich illustriert. Preis 85 Pfg., Verlag Ludwig Heumann & Co.,

Ein Volkskalender wie er sein soll: Belehrend, unterhaltend und interessant. In reichster Abwechslung folgen Aufsätze und Ratschläge über Gesundheitspflege, Landwirtschaftliches, Naturwissenschaftliches, Sport und Spiel; dann interessante Erlebnisse und Erzählungen usw. usw. Auch der goldene Humor kommt durch eine hübsche Auslese wirklich herzerfrischender Erzählungen zu seinem Recht. Drei große Preisaufgaben bieten dem Grübler viele Anregungen und Aussicht auf hübsche Preise. Der reiche Bilderschmuck (insbesondere die Monatsbilder) läßt die Mitarbeit erster Künstler erkennen. Mit einem Wort: Ein Kalender, der jedermann Freude bereiten wird.

Gelegenheit zu sparen haben Sie am besten, wenn Sie Ihren Bedarf in **Anzügen, Mänteln, Gummimänteln, Lodenjoppen, Windjacken u. Arbeitshosen** bei mir decken.
Franz Gratz, Herren- u. Knabenkonfektion, Pforzheim, Leop.-Str. 79, 1 Tr.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Sitze der Linken. Köthen: 13 Sozialdemokraten, 3 Demokraten, 1 Völkischer, 13 Volksgemeinschaft. Zerbst: 10 Sozialdemokraten, 3 Demokraten, 11 Volksgemeinschaft. Ballenstädt (Harz): Mieter 2, Völkische 2, Sozialdemokraten 3, Volksgemeinschaft 11.

Fast ein Viertel aller Franzosen Kriegsteilnehmer.

Die Heereskommission der französischen Kammer hat sich nunmehr entschlossen, die Zahlen über die Mobilmachung Frankreichs während des Krieges bekannt zu geben. Darnach stellte Frankreich bis zum 15. August 1914 rund 2 887 000 Reservisten ein. Insgesamt hatte Frankreich bei einer Bevölkerung von 38 Millionen bis zum Schlusse des Krieges 8 501 015 Mann mobilisiert. Der Grund dieser Veröffentlichung ist unschwer zu erraten. Frankreich will seinen Verbündeten vor Augen halten, was es im Kriege für Opfer gebracht hat.

Poincares Reinwaschungsversuch.

Paris, 17. Nov. Die Veröffentlichung der Tagebuchnotizen des einstigen Botschafters in Petersburg, Louis, durch den „Oeuvre", hat im nationalistischen Lager die Wirkung einer Bombe gehabt, obgleich diese Publikation seit Monaten angekündigt war. Die Besitzer des Tagebuchs haben allem Anschein nach aus patriotischen Gründen mit der Veröffentlichung gewartet, bis Poincare zurückgetreten war. Der Inhalt des Tagebuches, soweit man ihn nach den bis jetzt veröffentlichten Proben beurteilen kann, hat die schlimmsten Erwartungen der Nationalisten übertroffen. Die Havas-Agentur veröffentlicht ein längeres Schreiben, das Poincare an die Direktion der Agentur gerichtet hat. Poincare leistet sich am Anfang des Schreibens eine kleine Perfidie, indem er behauptet, die Veröffentlichung der Aufzeichnungen von Louis sei zuerst von der deutschen Presse angekündigt worden. In Wahrheit hat eines der Pariser Freitagblätter zuerst vor einer Reihe von Monaten auf die Vorbereitung der sensationellen Publikation aufmerksam gemacht. Deutschland steht dieser Veröffentlichung völlig fern. Poincares Widerlegungsversuch wirkt schwach und ist sogar eine Enttäuschung für seine überzeugtesten Anhänger. Poincare geht auf die sehr präzisen Angaben des einstigen Botschafters überhaupt nicht ein. Er behauptet, die Aufzeichnungen von Louis enthielten ebenso viel Unwahrscheinliches wie materiell Unrichtiges und gibt dann drei Briefe wieder, welche der frühere Botschafter in Berlin, Jules Cambon, der neuernannte Botschafter in Washington und einstige Kabinettschef Poincares, Daeschner, und der frühere Minister des Aeußern, Pichon, in Beantwortung eines Schreibens von Poincare an ihn gerichtet haben, um zu versichern, daß mindestens ein Teil der Angaben von Louis unzutreffend seien.

Starker Eindruck der Enthüllungen in der engl. Oeffentlichkeit.

Die Enthüllungen des „Oeuvre" in Paris haben in England allgemeine Aufmerksamkeit erregt. Es ist bemerkenswert, daß der konservative „Daily Expreß" eine ausführliche Wiedergabe der Enthüllungen mit der Ueberschrift: „Rußland von Paris aus zum Krieg ermutigt", an hervorragender Stelle wiedergibt.

Ein hoher Sowjetbeamter zum Tode verurteilt.

Moskau, 17. Nov. Nach achttägiger Verhandlung ist in einem der aufsehenerregendsten Unterschlagungsprozesse das Urteil gefällt worden. Vor Gericht standen sieben Personen, von denen zwei zu größeren Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Der Hauptangeklagte, der frühere Bevollmächtigte der Republik der Wolgadeutschen bei der Moskauer Zentralregierung, ehemaliges Mitglied der kommunistischen Partei, Moskauer Vertreter der wolgadeutschen Konsumgesellschaften, Blumberg, wurde zum Tode verurteilt. Der Prozeß bot ein wahres Panorama von Veruntreuungen hoher Beamter. Der zweite Angeklagte, Altergott, ein wolgadeutscher Kommunist, wurde zu längerem, schweren Gefängnis bei strengster Isolation verurteilt.

Bekanntmachung

über die

von Grundeigentümern, Gefällberechtigten und Gebäudebesitzern zu erstattenden Anzeigen.

Auf Grund des Art. 7 Abs. 1 des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetzes vom 22. August 1922 (Reg.-Blatt S. 327) werden diejenigen Personen, welche im **laufenden Kalenderjahr ein steuerbares Grundstück, Gefäll oder Gebäude in der Gemeinde erworben haben**, sowie diejenigen **Grundeigentümer, Gefällberechtigten** und **Gebäudebesitzer**, bei deren Grundstücken, Gefällen und Gebäuden während des laufenden Kalenderjahrs eine **Veränderung** stattgefunden hat, die eine Aenderung des Steuerkatasters zur Folge hat, aufgefordert, hievon **spätestens** bis zum **15. Januar k. Js.** bei dem Ortsvorsteher Anzeige zu machen.

Veränderungen sind anzuzeigen:

I. **Bei dem Grundeigentum und den Gefällen** in den Fällen von Art. 13—15 des oben genannten Gesetzes, also insbesondere:
   a) wenn die Kultur eines Grundstücks auf die Dauer verändert wird durch Verwandlung von Aeckern in Wiesen, Wald usw. oder umgekehrt, Verwendung eines Grundstücks als Baumgut, Hopfengarten, Steinbruch usw. oder durch das Aufhören einer solchen Verwendung;
   b) wenn ein Grundstück die Eigenschaft eines Gartens annimmt oder ein als Garten eingeschätztes Grundstück diese Eigenschaft verliert;
   c) wenn eine Grundlast abgelöst wird oder eine im Gefällkataster laufende Nutzung aus einer anderen Ursache aufgehört oder sich verändert hat.

II. Bei den **Gebäuden** in den Fällen von Art. 19 und 20 des oben genannten Gesetzes, also insbesondere:
   a) wenn ein Gebäude oder Gebäudeteil niedergerissen worden, ganz oder teilweise zugrundegegangen oder sonst zur Benützung untauglich geworden ist;
   b) wenn ein Gebäude sich im Wert dadurch vermindert oder erhöht hat, daß es zwecks einer anderen dauernden Verwendung baulich umgewandelt worden ist;
   c) wenn ein Gebäude neu errichtet, oder wenn ein Gebäude durch Aufsetzen eines oder mehrerer Stockwerke oder durch Ueberbauung einer weiteren Grundfläche vergrößert worden ist.

Die Herren Ortsvorsteher werden ersucht, für die ortsübliche Bekanntmachung des Vorstehenden in ihrer Gemeinde Sorge zu tragen.

Neuenbürg, den 15. November 1924.

Finanzamt:
Mangold.

Conweiler.

Stammholz-Verkauf.

Die hiesige Gemeinde bringt zum Verkauf aus Abtl. Brückle und Sandplättle:

Tannen-Stammholz: 36,54 Fm. I. Klasse, 85,72 Fm. II. Kl., 69,27 Fm. III. Klasse, 14,25 Fm. IV. Klasse, 1,34 Fm. V. Klasse.

Tannen-Sägholz: 8,61 Fm. I. Klasse, 8,50 Fm. II. Kl., 1,70 Fm. III. Klasse.

Die bedingungslosen **schriftl. Angebote** der Goldgrundpreise wollen bis **Samstag, den 22. November 1924, nachmittags 6 Uhr**, beim Schultheißenamt eingereicht werden, welches nähere Auskunft, insbes. auch über die Zahlungs-Bedingungen erteilt. Losverzeichnisse besorgt Waldhüter Jäck hier.

Den 18. November 1924.

Gemeinderat.

Neuenbürg.

Bitte um Weihnachtsgaben.

Für die **Samariterhäuser**, sowie für die zahlreichen **sonstigen Anstalten der Inneren Mission** erlaube ich mir, wie alljährlich um Gaben zu bitten.

Ebenso werden Weihnachtsgaben für unsere **Kleinkinderschule** dankbar entgegengenommen.

Den 17. November 1924.

Dekan Dr. Megerlin.

SINGER
NÄHMASCHINEN
ERLEICHTERTE ZAHLUNGSBEDINGUNGEN
SINGER CO. NÄHMASCHINEN ACT.GES.

Pforzheim, Westliche 58.

Neuenbürg.
Morgen Mittwoch

Metzelsuppe,

wozu freundl. einladet
Wild zur Wilhelmshöhe.

Schönheit

verleiht ein rosiges, jugendfrisches Antlitz und ein reiner zarter Teint. Alles dies erzeugt die echte

Steckenpferd-Seife

die beste Lilienmilchseife.

Ferner macht „Dada-Cream" rote und spröde Haut weiß und sammetweich. Zu haben in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Carl Mahler, Seifenfabrik.
Lustnauer Nchf., C. Göckelmann.

---

200 Mark

auf gute Sicherheit und hohen Zins gesucht.

Angebote an die „Enztäler"-Geschäftsstelle erbeten.

1000–1500 Mk.

auf sofort gegen 1. Hypothek aufzunehmen gesucht.

Zu erfragen in der Enztäler-Geschäftsstelle.

Verloren

am Sonntag auf dem Weg **Höfen—Schömberg** eine **Handtasche** mit 40 ℳ Inhalt. Der ehrl. Finder wird gebeten, dieselbe in der **Markt-Drogerie, Pforzheim** gegen hohe Belohnung abzugeben.

Sil

Henkel's Bleich- u. Waschmittel

gibt schneeweiße Wäsche
spart Seife und ersetzt die Rasenbleiche
Völlig unschädlich. — OHNE CHLOR

Neuenbürg, den 17. Nov. 1924.

Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unseres lieben

Otto

von nah und fern erfahren durften, für die vielen Kranzspenden und den erhebenden Gesang, die Kranzniederlegungen seitens seiner Klassenschüler und Altersgenossen und -Genossinnen sagen wir allen herzlichen Dank.

Richard Bauer mit Familie.

Gräfenhausen, 18. Nov. 1924.

Danksagung.

Anläßlich des Heimgangs unserer lieben Entschlafenen

Rosine Nittel

durften wir von allen Seiten viele Beweise inniger Anteilnahme entgegennehmen, wofür wir unseren herzlichsten Dank aussprechen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Eltern sämtl. Schüler und Schülerinnen der

hiesigen Realschule

werden zu einer Besprechung auf **Freitag, den 21. ds. Mts., abends 7½ Uhr in den Rathaussaal** eingeladen. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Neuenbürg, 17. Novbr. 1924.

Vorst. des Elternausschusses:
Stadtschultheiß Knodel.

Forstamt Calmbach.

Nutz- und Brennholz-Verkauf

am **Mittwoch, den 26. November 1924**, vormittags 9 Uhr, in Calmbach, „Sonne" aus Staatswald Eiberg Abt. Steinbruch, Raubgrund, Plettenkopf, Hirschgärtle, Eingemachter Wald und Spitzhütte, Heimenhardt Abt. Wärzbächle und Kälbling Abt. Rollmeß: Rotbu.: Rm.: 6 Spälter, 13 Scheiter, 72 Klotzh., 7 Anbr., 3 übr. Laubh.; Papierroller 31 I., 26 II., 4 III. Kl.; 273 Nadelholzanbr. Losverzeichnisse von der Forstdirektion, G. f. H., Stuttgart.

1000-1500 Mark

gegen gute Sicherheit aufzunehmen gesucht.

Angebote an die Enztäler-Geschäftsstelle erbeten.

Ein neuer zweirädriger starker

Handkarren

ist zu verkaufen.

Zu erfragen in der „Enztäler-Geschäftsstelle.

Heirat.

Ruh. ständ. Arbeiter (44. Wwer.) in gut. Verhältn. und schön. Heim sucht christl. gesinnt. gesund. **Frau od. Frl.**

Näh. Angaben unter W. J. an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Höfen a. E.

Verkaufe eine ältere

Kuh

samt Kalb.

Nehme auch ein Stück **Jungvieh** in Tausch.

Adam Rapp.

Wer

etwas zu kaufen sucht,
etwas zu verkaufen hat,
eine Stelle sucht,
eine Stelle zu vergeben hat,
etwas zu vermieten hat,
etwas zu mieten sucht

inseriert am erfolgreichsten u. billigsten im

„Enztäler".